

Wilsdruffer Tageblatt

Zeitung Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Vertriebspreis monatlich 4 Mk., nach unten hin abwärts in der Stadt monatlich 3.40 Mk., auf dem Lande 4.00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk., mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postämter sowie andere Briefträger und Briefkasten nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Unfälle kann die Lieferung der Zeitung auf Befehl der Postverwaltung oder durch die Postverwaltung unterbleiben.



Vertriebspreis 1 Mk. für die 6 getragene Kreiszeitung oder deren Ersatz, Lokalausgabe 1/2 Mk., Restbetrag 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechende Ermäßigung. Bestellungen im amtlichen Teil (nur bei Behörden) die getragene Kreiszeitung 3 Mk., Zustellungsgebühr 50 Pf. Bestellungen im amtlichen Teil (nur bei Behörden) die getragene Kreiszeitung 3 Mk., Zustellungsgebühr 50 Pf. Bestellungen im amtlichen Teil (nur bei Behörden) die getragene Kreiszeitung 3 Mk., Zustellungsgebühr 50 Pf. Bestellungen im amtlichen Teil (nur bei Behörden) die getragene Kreiszeitung 3 Mk., Zustellungsgebühr 50 Pf.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Völsig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 145.

Freitag den 24. Juni 1921.

80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Ausnahmegerichte in Sachen werden durch Verfügung des Reichspräsidenten aufgehoben.
- Am 23. und 24. Juni findet in Stuttgart der 5. deutsche Städtekongress statt.
- In Bromberg ist es zu schweren Ausschreitungen gegen die anwesenden Deutschen gekommen. Zahlreiche Juden sind geschlagen worden. Deutsche Bürger sollen dabei schwer mißhandelt, verunehrt und beraubt worden sein.
- Der Nationalrat der Schweiz hat 60 Millionen Franken für den Ankauf von Kriegsgeschützen für das Jahr 1922 bewilligt.
- Der Völkerbundrat hat als äußersten Termin, bis zu dem ein Vertrag zwischen Polen und Danzig aufgestellt werden muß, den 31. Juli festgesetzt.
- Die britische Regierung hat nach Untersuchung der Sachlage entschieden, daß keinerlei Veranlassung vorliegt, in Berlin wegen des geplanten Bauens eines deutschen leichten Kreuzers Einspruch zu erheben.
- Der amerikanische Arbeiterbund sollte eine Entschleunigung gegenüber einem vollständigen Ausschluß der Japaner und der anderen Orientalen aus den Vereinigten Staaten.

Unannehmbar!

Die obereschlesische Frage ist an einem entscheidenden Punkt angelangt. Das Reichskabinett hat in den letzten Tagen mehrere Sitzungen über Oberschlesien abgehalten, die Vorkämpfer Englands und Frankreichs sind wiederholt beim Außenminister Rosen erschienen, eine Kommission aus Regierungsräten und Parlamentarier hat sich nach dem Abstimmungsgebiet begeben. Aber diese Vorgänge in Berlin geben nur ein Einzelstadium, um die Frage vor allem, wie sich die Reichsregierung gegenüber dem deutschen Selbstschutz verhalten soll. Das ausschlaggebende Wort haben in der Hauptfrage, in der Entscheidung über die Zukunft Oberschlesiens, die Entente-mächte zu sprechen, und aus bei diesen Mächten ist in den letzten Wochen und Tagen eine auffallende Mäßigkeit entsaltet worden. Es wurde ein Aufstellungsvorschlag nach dem anderen bei ihnen beraten — Vorschläge, die, gleichgültig, ob sie den Polen mehr oder weniger günstig gefaßt waren, für Deutschland sämtlich unannehmbar sind.

Besonderes Aufsehen aber mußte es erregen, daß auch der italienische Außenminister Sforza seinen Ehrgeiz damit betriebe, einen solchen Teilungsplan aufzustellen, und daß dieser Plan geradezu darauf angelegt schien, das deutsche Rechtsverständnis auf das Schwert zu jaguen der Polen zu verlegen. Er wollte fast das ganze Industriegebiet in polnische Hände überliefern und Deutschland nur einen kleinen bescheidenen Anteil lassen. Es blieb unverändert, wie gerade aus Italien derartige Gedanken kommen sollten, nachdem sich die italienischen Truppen im Abstimmungsgebiet, der italienische Vertreter in der Oypelner Kommission und die italienische öffentliche Meinung gegen das polnische Unrecht eingesetzt hatten. Man hört jetzt, daß Graf Sforza Gegenleistungen in Aussicht gestellt hat, falls man sich in Berlin seinem Plan fügen, daß er daran denkt, über einen Rückfall Sforzas an Norditalien, über eine Änderung der italienischen Haltung in der Anschlussfrage mit sich reden zu lassen.

Aber auch solche Zukunftsversprechungen können die Beurteilung der Sforzischen Vorschläge nicht ändern. Man weiß in Deutschland, daß das italienische Bedürfnis nach einer gemeinsamen Grenze mit Deutschland, nach einer Verbindung der Donauföderation, die bei einem künftigen Herabfallen Deutschlands vom Reich kommen müßte, mindestens ebenso stark sind, wie das Bestreben Deutschlands, sich mit Österreich zu vereinigen. Es wären also Gegenwerte, die Italien recht billig sind. Und Deutschland würde bei einem Eingehen auf solche Vorschläge das wertvolle Industriegebiet selbst preisgeben, um dem italienischen Außenminister einen innerpolitischen und einen diplomatischen Erfolg zu verschaffen. Beide braucht Graf Sforza dringend, denn man weiß, daß seine Politik sich im Gegensatz zu den Ansichten der Mehrheit des italienischen Volkes befindet. Aber er würde mit einem Schlag zu einer bedeutenden internationalen Persönlichkeit werden, wenn er diese für die Entente so schwierige Frage lösen könnte.

Man sagt, daß sein Plan innerhalb der Entente großen Beifall gefunden hat. Auch das darf nicht irre machen — entspricht er doch ganz den französischen Wünschen. Man muß sich überlegen, welche Zumutung es für die deutsche Politik bedeuten würde, plötzlich auf eine Forderung zu verzichten, die sie stets als eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland betrachtet hat. Mit Recht würde bei einer solchen Wandlung der Rest von Kredit, den die deutsche Regierung im Ausland hat, verloren gehen. Aber darüber hinaus würde eine der Ententemächte, deren Vorkämpfer vor der Annahme des Ultimatums ihr Eintreten für das deutsche Recht auf Oberschlesien versprochen, verleugnet werden.

An solchen Versprechen muß sich Deutschland unbedingt halten, und so auch jener Ententemacht die Möglichkeit zum Zurückweichen erleichtern — das ist die einzige obereschlesische Politik, die Deutschland treiben darf. Am 10. Juli soll der Oberste in Bonifage zusammenzutreffen. Man muß hoffen, daß bis dahin der Ver-

richt der Ententesachverständigen vorliegen wird, auf Grund dessen die Entscheidung über das Abstimmungsgebiet fallen soll. Die Reichsregierung wird bis zu dieser Entscheidung alles zu vermeiden haben, was den Glauben erwecken könnte, sie wäre in der obereschlesischen Frage zum Nachgeben bereit. Die Ausfahrungen, die sie dem italienischen Vorkämpfer zu Graf Sforzas Vorschlag gemacht hat, dürfen nicht geeignet sein, einen solchen Glauben zu untergraben und man muß daher hoffen, daß sie ihren Zweck erfüllen werden.

Die Aufgaben der Kommission.

Die zu General Hofer entsandte Regierungskommission besteht aus den Herren Ministerialdirektor Kalljahn, Legationsrat Meyer und Luksch, ferner den Abgg. Köster (Soz.), Pohlmann (Dem.), Schulte (Centr.) Sie soll angeblich nicht den direkten Auftrag haben, Hofer zum Rückzug zu bewegen, sondern lediglich die Lage und die Wünsche der Oberschlesier an Ort und Stelle erforschen. Eine der Abreise vorhergehende Kabinetsitzung beschloß, die geplante Beantwortung der Interpellation über Oberschlesien durch Dr. Rosen im Reichstage um mehrere Tage zu verschieben. Die vom französischen und englischen Vorkämpfer in den letzten Tagen unternommenen Schritte in Berlin wurden besprochen und auch die möglichen Folgen erwogen, die sich im Falle einer unglücklichen obereschlesischen Entscheidung des Obersten Rates für das kabinett Wirtb ergeben könnten. Dr. Wirtb hat seinerzeit die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland gleichsam als Grundlage seiner Amtsführung erklärt. Festgestellt wurde in der Sitzung, daß Vereinbarungen zwischen England und Frankreich zugunsten Deutschlands zustande gekommen sind, und daß durch neue Vorschläge des Generals Hofer an General Henniker vielleicht eine neue Verhandlungsbasis gefunden ist, die zur Säuberung Oberschlesiens führen könnte, so daß es jedenfalls rätlicher sei, zunächst noch ein Stück der nächsten Entwicklung überblicken zu können.

Die Not in Oberschlesien.

Hilferuf aus Kattowitz

Nachdem es eine Zeitlang schien, als ob die obereschlesischen Gruben und Werke notdürftig im Gang zu halten seien, und die Arbeiterschaft, soweit sie arbeitsfähig war, Arbeit finden würde, hat sich in den letzten Tagen die Lage verschärft. Infolge der Verteilung sind auf den Gruben und Koksanlagen die Stapelplätze überfüllt. Die Förderung der Gruben muß eingeschränkt und zahlreiche Koksöfenbatterien müssen stillgelegt werden. Einige Koksöfen sind bereits in Brand geraten. Aus Hindenburg wird gemeldet: Der von den Insurgenten als Zwangsverwalter der Staatlichen Bergwerksdirektion eingesetzte Direktor Zieloniz steht den Dingen hilflos gegenüber und vermag nur leere Versprechungen zu geben.

Die Zustände beginnen auch auf die Arbeiterschaft einen bedenklichen Einfluß auszuüben. Die Arbeitslust erlahmt mehr und mehr; jegliche Autorität der Betriebsleiter und Meister ist dahin.

Die Stadt Kattowitz hat an den Reichstag und Landtag, an das auswärtige Amt und an andere Stellen einen Hilferuf gerichtet, in dem es heißt:

Eine im allgemeinen polnisch gekannte Miliz soll dafür sorgen, die Bevölkerung weiter unter dem polnischen Schutze zu halten. Finanziell zusammengebrochen, suchen die Arbeiter durch Erpressung von wohlhabenden verschleierten Wägern, durch willkürlich festgesetzte Steuern aller Art und durch Raub und Einbrüche sich Geld zu verschaffen. Diejenigen, von denen Geld nicht zu erpressen ist, werden jämmerlich erschlagen oder mißhandelt. Von einem den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens und des sozialen Verkehrs auch nur einigermaßen gerecht werdenden Eisenbahnverkehr ist keine Rede. Industrie, Handel und Gewerbe leiden infolge vollständigen Mangels an Rohstoffen und Absatzmöglichkeiten vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch.

Die Insurgenten setzen ihre Umarmung fort. Dies hindert die polnischen Banden nicht, an vereinzelten Stellen in das von Deutschen besetzte Gebiet vorzudringen. So steht eine polnische Patrouille, aus angeblich von den Polen gerufenem Gebiet kommend, nach Kattowitz in die Nähe der Siedlerkante vor. Dort ließ sie auf einen italienischen Posten. Sie wurde zum Rückzug gezwungen. Aus Schöpsch heraus haben die Polen einen Angriff auf Wiffosa gemacht und griffen die deutschen Schützenlinie bei Wachowitz erfolgreich an.

In Summin und Liffel sind erneut polnische Schützengräben aufgeworfen worden. In Liffel, wo bereits zwei Kompanien Haller-Soldaten lagen, ist ein harter Trupp polnischer Genarmee eingetroffen.

In Lufosne und Kronauway treiben sich polnische Banden herum. In Herzoglich-Bowado haben die Polen in der Nacht vom 18. zum 19. Juni zwei deutsche Linien Wäner verschleppt. In den letzten Tagen sind in Kattowitz aus den Ortsteilen rechts der Oder 500 neue Flüchtlinge eingetroffen. Die Lebensmittel in Kattowitz sind sehr knapp geworden, da der Futtermittel in Kattowitz-Kattowitz ist von Italienern besetzt. Ein Personenverkehr findet auf dieser Strecke zunächst nicht statt.

In Kattowitz Hindenburg haben die Mißhandlungen und Verhaftungen der Deutschen der Zahl nach zwar nach-

lassen werden aber, wo immer sich nur eine Gelegenheit bietet, auch weiterhin rücksichtslos durchgeführt. Die von den autonomen Behörden eingeführte Warenumsatzsteuer wird mit tödlicher Rücksichtslosigkeit eingetrieben. Die beiden Postämter in Hindenburg wurden gezwungen, neue Postmarken-Briefmarken im Betrage von 4000 Mk gegen obereschlesische Briefmarken einzutauschen. Mehrere ältere Postbeamte sind verhaftet worden. Ferner wurden fünf Beamte der obereschlesischen Elektrizitätswerke verhaftet.

Wieder eine französische Note.

Von der französischen Regierung ist dem deutschen Vorkämpfer in Paris eine Antwortnote auf die Beschwerde der deutschen Regierung übergeben worden, in der die Ausschreitungen der polnischen Insurgenten zwar anerkannt, andererseits aber auch die Haltung des deutschen Selbstschutzes getadelt wird. Es heißt darin:

„In denselben Augenblick, in dem die polnischen Insurgenten durch Taten ihre Bereitwilligkeit erweisen, sich den Beschlüssen der Kommission zu unterwerfen, in dem Augenblick, in dem sie begannen, sich zurückzuziehen und die Waffen niederzulegen, besteht die Gefahr, daß durch das Verhalten des Generals Hofer und der Führer der deutschen Parteil in Oberschlesien die bereits erzielten Ergebnisse auf Spiel gesetzt werden.“

Die deutsche Regierung sollte den General Hofer zu der Einsicht bewegen, daß allein Gehorsam gegen die Interalliierte Kommission am Platze sei.

Neuer Räumungsplan.

In Oypeln fand eine Zusammenkunft zwischen dem englischen Oberkommandierenden General Henniker und dem Leiter des Selbstschutzes General Hofer, statt. Die Zusammenkunft führte zur Vereinbarung der Räumung Oberschlesiens, und zwar zunächst zu einer bestimmten Linie, auf die sich die Insurgenten zurückziehen sollen. Diese Linie geht zwar nicht so weit in den Industriebezirk hinein, wie vom Zwölfersauesch verlangt worden war, umfaßt aber noch den Ort Hindenburg. Diese Räumung soll innerhalb 36 Stunden nach Annahme der Vereinbarung durch die Interalliierte Kommission erfolgen. Innerhalb 48 Stunden soll andererseits der Selbstschutz über die Grenze Leobschütz und Kronstadt zurückgehen. Innerhalb 7 Tagen sollen die Insurgenten die Grenze des obereschlesischen Gebietes überschritten haben. Sobald dies erfolgt ist, soll an den weiteren Abbau des Selbstschutzes herangegangen werden. Der Plan umfaßt die Räumung des gesamten besetzten Gebietes mit Einschluß des Kreises Pleß-Rybnitz.

Die „wahnfinnige“ Politik der Alliierten.

Englische Arbeiter gegen Lloyd George. Bei der Eröffnung der in Brighton stattfindenden 21. Jahreskonferenz der Arbeiterpartei, an der etwa 1000 Delegierte teilnahmen, die 4 257 000 Parteimitglieder vertreten, hielt der Vorsitzende Cameron eine Rede, in der er heftige Angriffe gegen die Politik Lloyd Georges richtete.

Der Arbeiterführer fragte, welche Berechtigung Lloyd George und seine Freunde zu der Annahme hätten, daß nur sie und nur sie allein in der Lage seien, das Land zu regieren. Die Politik der Koalitionsregierung bedeute, nach ihren Ergebnissen zu urteilen, Chaos und wirtschaftlichen Ruin. Im Handel sehe es schlechter aus als je. Ein großer Teil der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit sei auf die Tatsache zurückzuführen, daß die britische Regierung gemeinsam mit der französischen, italienischen und belgischen versucht habe, einen militärischen Frieden abzuschließen, und daß die Regierungen sich verschoren hätten, einen Wirtschaftskrieg zu führen, der möglichst wirksam die Mittelmächte dauernd zu Krüppeln mache.

Die große Mehrheit der Arbeiter beginnt zu verstehen, wie schlecht, wie wahnfinnig die Politik der alliierten Regierungen, die in den Reparationsbedingungen des Friedensvertrages zum Ausdruck kam, ist. Die Bedingungen dieses Vertrages seien Deutschland auferlegt worden mit verhängnisvollen Folgen für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter Englands und aller Länder der Welt.

Die Arbeitslosigkeit in der Schiffbauindustrie könne in der Hauptsache den Reparationsbestimmungen zugeschrieben werden. Das Ergebnis davon sei, daß heute in den britischen Häfen über eine Million Tonnen Schiffsrumpf still liege und 10 000 britische Werftarbeiter arbeitslos auf die Straße gesetzt seien. Die Schiffsbauer sängen an, zuzugeben, daß die befohlene Politik verfehlt war und wünschten, daß die Regierung keine Schiffe mehr von Deutschland annähme und wenn möglich, Deutschland einlege der ihm genommenen Schiffe zurückzufahren, weil die Bestimmungen der Reparationsbestimmungen die englische Schiffbauindustrie zerstören.

Die Deckung unserer Verpflichtungen.

Steuerpläne.

Berlin, 22. Juni.

Im Wiederherstellungsausschuß des Reichswirtschaftsrates nahm der Reichsfinanzrat das Wort zu einer längeren Rede, in der er einen Überblick über das gesamte Finanzproblem gab. Insbesondere beschäftigte er sich mit den neuen Steuerentwürfen, soweit sie bereits im

Entwurf vorliegen oder im Kabinett beraten werden. Auch über den vorläufigen Ertrag der zu erwartenden Steuern gab der Reichskanzler Aufschlüsse. Als nächste Steuer dürfte die Körperschaftsteuer verwirklicht werden, in deren Beratung der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates eintritt. In der nächsten Woche wird der Reichskanzler noch einmal ausführlich im Reichswirtschaftsrat das gesamte Finanzproblem und die Deckungsfrage des Ultimatum's erörtern. Aber die neuen Steuern verläuft, daß die Reichsregierung vor allem versuchen wird, sich wenigstens über einen Steuerrahmen zu einigen. Die Verhandlungen mit den Parteien sind bereits darüber im Gange. Man will eine eigene Steuerkommission bilden, damit diese in den Ferien das Material für das Plenum verhandlungsfähig macht.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Rückzahlung der Ausfuhrabgabe.

Im Anschluß des Reichswirtschaftsrats führte der Vertreter des Reichsfinanzministeriums aus, da es nicht möglich sei, die deutschen Exporteure auf ihr Geld warten zu lassen, bis die Akte der Entscheidung, die allein eine völlig genügende Kontrolle bilden würde, von den beschlagnehmenden Ländern eingeht, soll die Einreichung der Quittung, die die feindliche Zollstelle bei der Verschlagnahme ausstellt, als Unterlage für die Rückzahlung der Zahlung genügen. Vertreter der Industrie und des Handels bemängelten diese Angaben und beantragten, daß grundsätzlich das Reich die volle durch die Sanktionsabgabe verlorene Summe ersetzen soll in der Weise, daß der Exporteur am Tage der Auszahlung den Betrag in gleicher ausländischer Währung beschaffen kann. Der Antrag wurde mit geringer Mehrheit gegen die Stimmen der Arbeitnehmer angenommen.

Die Einrichtung der Finanzgerichte.

Nach den Reglerklärungen im Reichstage steht die Begründung der Finanzgerichte in kurzer Zeit bevor. Die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Landesfinanzämtern machte die eingehende Beteiligung der Landesregierungen und Landesfinanzämter an den Vorarbeiten erforderlich. Als Ergebnis der Verhandlungen ist vor einiger Zeit den Landesregierungen und Landesfinanzämtern ein Entwurf der zu erlassenden Bestimmungen zur Stellungnahme zugegangen. Die endgültige Fassung der Bestimmungen wird in den nächsten Wochen vorliegen. Die Einrichtung der Finanzgerichte ist alsdann lediglich eine Aufgabe der Organisation, deren Durchführung mit möglichster Beschleunigung erfolgen wird.

Die Abtragung der Reparationsschuld.

Die Pariser Ausgabe des „New York“ erklärt, in ununterrichteten Kreisen glaube man, daß der französische Plan, die deutsche Reparationsschuld durch beschränkte Ausgabe von Schuldverschreibungen seitens der einzelnen alliierten Gläubiger flüssig zu machen, binnen kurzen von der Reparationskommission gutgeheißen werden dürfte. Die amerikanische Finanzwelt werde den Plan begünstigen. In einer Sitzung der Finanzdelegierten werde man sich auch von neuem mit dem Vorschlag der auf dem Wasserwege von Deutschland gelieferter Kohle und mit der Verteilung der in Spa festgesetzten 6% Prozent der deutschen Entschädigung unter die kleinen Mächte beschäftigen.

Aufhebung der sächsischen Sondergerichte.

Im Hauptausschuß des Reichstages teilte Geheimrat Brecht aus der Reichskanzlei im Verlaufe der Verhandlungen mit, daß die Verordnung zur Aufhebung der Ausnahmegerichte in Sachsen soeben vom Reichspräsidenten gegenzeichnet worden sei und alsbald veröffentlicht werde.

Großbritannien.

X Die irische Frage. Die Abreise des britischen Königspaars von London nach Irland ist erfolgt. Eine riesige Menschenmenge lang auf dem Bahnhofe die Nationalhymne und rief dem Königspaare glückliche Reise zu. In Belfast sind von Militär und von der Polizei ganz außerordentliche Schutzmaßnahmen getroffen. Alle Zugänge zu den Häusern der Häuser, die an der Straße liegen, durch die sich das Königspaar begibt, müssen gesperrt sein. In der Grafschaft Cork haben Einwohner das Schloß des Lords Bandon beschossen und verbrannt. Der sechzigjährige Lord wurde entführt. Aber sein Schicksal ist noch nicht bekannt. Das Oberhaus hat mit 66 gegen 57 Stimmen einen Antrag abgelehnt, worin die Regierung gefragt wurde, welche Änderungen sie bezüglich des Gesetzes über die Regierung für Irland vorzuschlagen bereit sei, und ob sie willens sei, Verhandlungen zuzustimmen, durch die die gegenwärtigen Schwierigkeiten in Irland beseitigt werden können. Großbritannien werde mit äußerster Fähigkeit alle Sonderbestrebungen in Irland niederzuschlagen. In Belfast erfolgte die Eröffnung des Unterparlament's durch den König.

Rußland.

X Bauernaufuhr. Nachrichten aus Helsinki besagen, daß der Bauernaufuhr im kaiserlichen Rußland eine ernste Wendung genommen hat. Die Sowjetregierung hat sich gezwungen gesehen, bedeutende Truppenkontingente dorthin abzuschicken. General Swierjitz hat den Oberbefehl über sämtliche Truppen zur Unterdrückung des Aufstands übernommen. Aus Krasnodar wird berichtet, daß alle Studenten den Befehl erhalten haben, die Stadt sofort zu verlassen und sie vor dem 15. September nicht wieder zu betreten. Der Befehl wird amüßig mit dem herrschenden Lebensmittelmangel begründet, der wirtschaftliche Grund soll jedoch in der unter den Studenten bestehenden Gärung zu suchen sein.

Amerika.

X Die Gesellschaft der Nationen. Zwei südamerikanische Regierungen haben ihre Vertreter in Washington um Berichte über den Harding'schen Plan einer neuen Gesellschaft der Nationen ersucht. Die Hauptpunkte der von den Vertretern gegebenen Antwort sind folgende: Die Gesellschaft werde zunächst ohne geschriebene Verfassung bleiben. Sie werde mit einem Rat aus Vertretern einer Anzahl von Nationen arbeiten, deren Entscheidungen mehr beratend als bindend Charakter haben sollen. Der gegenwärtige Oberste Rat werde als Kern für die Gesellschaft benutzt werden. Ein internationaler Gerichtshof ohne zwingende Schiedsgerichtsgewalt und ohne Strafmittel solle gebildet werden.

Kabr über den Fall Gareis.

n. München, 22. Juni.

Die sozialistischen Parteien hatten im bayerischen Landtag Interpellationen zu der Lösung des Abg. Gareis eingebracht. Begründet wurden die Anfragen durch die Abg. Saenger von den Reichstagssozialisten und Keumann von den Unabhängigen. Der Abg. des gemäßigten Gareis war dabei mit Blumen und einem Lorbeerzweig geschmückt. Abg. Saenger sagte, daß seine Partei wohl bereit wäre, die Forderung aus dem parlamentarischen System zu ziehen und den auf sie entfallenden Anteil der Verantwortung in der Regierung zu übernehmen, daß sie aber die letzte Regierung wie jede andere Regierung, die in der Frage der Beziehungen zum Reich und in national- und wirtschaftspolitischen Fragen nicht einen anderen Weg einschlägt, bekämpfe. Auch dieser Redner erklärte, wie vorher schon der Unabhängige, daß es sich bei dem Morde an Gareis um eine politische Handlung handle.

Nord und Süd.

Ministerpräsident v. Kahr gab bei der Beantwortung namens der Regierung dem Abg. über den Freedel an Gareis Antwort und betonte, daß der endgültige Aufklärung der Morde kein Recht gegeben sei, den Mord als politisch hinzustellen. Er dankte den Teilern der Arbeiterkammer, die sich

von politischen Streiks ferngehalten haben. Nationalistischen Chauvinismus werde die Regierung immer ablehnen und nicht billigen. Wo Reichsmöglichkeiten zum Einwirken gegen die Rechts-Ultras gegeben gewesen seien, sei dies eingetriggen worden. Der Ministerpräsident mahnte schließlich die Parteien, die politische Erziehung und höhere politische Kultur zu pflegen, diese brauche man in erster Linie. Dann werde das gegenseitige Mißverständnis zwischen Nord und Süd, zwischen Reichspolitik und bayerischer Politik verschwinden. Die wirtschaftliche und soziale Struktur Bayerns sei eine andere als im Reich und in gewissen, politisch besonders einflussreichen Teilen dieses Reiches. Diese Verschiedenheit bedinge auch eine Verschiedenheit der Politik hier und dort, die sich praktisch darin ausdrücke, daß Bayern immer eine im Grunde stärker nach rechts gerichtete Politik getrieben werde, als dies im Reich der Fall sei. Man müsse im Reich erkennen, daß kein anderer der nationalen Einheit größere Opfer gebracht habe und fortwährend bringe, als Bayern, und man müsse sich namentlich in unparteiischen Kreisen hüten, Bayern mehr zu Gunsten, als nach der Eigenart seiner Verhältnisse, und nach den Zielen, die es unverändert festhalten müsse, wenn es sich nicht als Staat aufgeben wolle, was es niemals tun werde, erträglich sei.

Während der Rede des Ministers kam es zu stürmischen Interaktionen, weil die sozialdemokratischen Abgeordneten die Entbedung gemacht zu haben glaubten, daß ihre Pulse im Plenum von Kriminalbeamten heimlich durchsucht worden seien. Landtagspräsident Königsbauer gab zwischen verschiedenen Ordnungsrufen die Erklärung ab, daß das Präsidium keinen Auftrag dazu erteilt habe. Er werde die Angelegenheit untersuchen lassen. Der Unabhängige Lumprich versicherte, die Stimmung in den Arbeiterkreisen sei jetzt so, daß, wenn noch einmal Mordmorde an einem sozialistischen Führer geschähen, drei Männer von der anderen Seite daran glauben müßten.

Deutscher Reichstag.

(120. Sitzung.)

CB. Berlin, 22. Juni.

In der ersten Stelle der Tagesordnung für die heutige Sitzung stand die Interpellation des Zentrums wegen des Grubenunglücks bei Herne.

Reichsarbeitsminister Brauns erwiderte im Namen der Regierung, daß die Beantwortung dieser Interpellation nur in Verbindung mit dem preussischen Handelsministerium gesehen könne. Die Untersuchung wird erst im Laufe dieser Woche abgeschlossen sein, so daß die Beantwortung in den ersten Tagen der nächsten Woche erfolgen kann. Die Regierung will aber den Anlaß benutzen, schon jetzt auch von dieser Stelle aus, den Betroffenen ihr Mißgeschick auszusprechen.

Inzwischen war ein Antrag Kosemann (U. Soz.) eingebracht, der die Forderung enthielt, sofort einen Untersuchungsausschuß zu bilden. Abg. Hne (Soz.) regte an, zu dieser Untersuchung Arbeitervertreter hinzuzuziehen. Arbeitsminister Brauns sagte zu, diese Anregung dem preussischen Handelsministerium zu übermitteln.

Hierauf wurden die Gesetzentwürfe über die Änderung der Reichsverfahrensordnung und die Abwicklung der Kriegsgesellschaften an die betreffenden Ausschüsse verwiesen. Dasselbe geschah mit dem Fernsprechtariffentwurf. Abg. Mann wurde in allen drei Reden der Gesetzentwürfe über die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgüter angenommen.

Bei der dritten Lesung des Gesetzes über die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbau's wurde unter Ablehnung der von der Rechten und äußersten Linken gestellten Änderungsanträge die Vorlage mit unversändlichen Änderungen nach dem Beschluß der zweiten Lesung angenommen. Die Gesamtänderung wurde aber noch vertagt, da es sich um eine Verfassungsänderung handelt, zu der eine Zweidrittel-Mehrheit des Hauses erforderlich ist. Die heutige Besetzung war sehr schwach. Ferner wurde das Gesetz über den Volkswahlrecht ohne wesentliche Verhandlungen gemäß den Ausschlußanträgen genehmigt. Vor der Abstimmung wurde die Beratung unterbrochen und zunächst die auf 2 Uhr nachmittags angelegte, gekürzte Vertage namentliche

Abstimmung über die Mißtrauensfrage der Deutschnationalen wegen der Beamtenverfügungen vorgenommen.

Die äußerste Linke stimmte ebenfalls für die Mißtrauensfrage, die Deutsche Volkspartei enthielt sich der Abstimmung. Das Ergebnis war die Ablehnung der Kundgebung mit 210 gegen 67 Stimmen bei 45 Stimmenthaltungen.

Mag auch die Liebe weinen ...

29] Roman von Fr. Lehne.
Copyright 1913 by Greiner & Comp., Berlin W 30.

Das zum zweiten Male frisch eingefüllte Teewasser begann schon wieder zu sieben, als die Gräfin Allwörden in lebhaftem Gepolde mit Baron Vultach aus dem Park kam, beide ganz in Weiß, den Tennisschläger in der Hand. Sie sahen sehr erblüht aus. Gräfin Lella machte ganz den Eindruck eines jungen Mädchens in dem kurzen Kleid und dem heruntergebohrten Panama.

Lore gab den Tee auf, während die beiden langsam die Freitreppe heraufschritten.

Baron Vultach stufte bei ihrem Anblick; er sah sie zum ersten Male und wußte nicht, wer sie war. Respektvoll vernigte er sich, da sie einen so durchaus vornehmen Eindruck machte.

Die Gräfin runzelte die feinen Brauen, denen sie mit dem Stiff etwas nachgebollt hatte, als sie die junge Erzieherin am Teetisch hantieren sah.

„Wo ist Betty?“ fragte sie kurz, dabei mit einer betrieffenden Gebärde Lore ihr Radet hinreichend.

„Betty hat sich vorhin in die Hand geschnitten, Frau Gräfin, und hat mich gebeten, ihre Stelle zu vertreten.“

„Jean ist doch da.“

„Jean hat den Herrn Grafen um Erlaubnis gebeten, ins Dorf zu gehen, und da —“

„Schon gut! Wozu hat man da Personal.“ Lella lachte kurz und unwillig auf. „Nehmen Sie Platz, Baron — da — mir gegenüber.“

Leo Vultach brütete seinen bageren Körper in den Feddigerohrgefäß und richtete seine runden Pudelaugen in unverdolener Bewunderung auf das junge Mädchen, das die Gräfin und ihn bediente.

„Sagen Sie dem Herrn Grafen Bescheid, daß wir ihn zum Tee erwarten, bringen Sie mir einen Schal und bleiben Sie dann bei den Kindern.“ sagte Gräfin Lella nun zu Lore.

Baron Leo Vultach war zu flug, um nach Lore zu fragen. Er wußte, daß man vor einer schönen, eilen Frau kein Interesse für eine noch schönere zeigen dürfte — besonders, wenn diese in untergeordneter Stellung war; wie das junge Mädchen hier; anscheinend die Erzieherin der Allwörden'schen Kinder. Am die lobte es sich wahrhaftig schon, hierher zu kommen ...

Mit ihren weißen, kleinen Händen bediente ihn Lella; sie warf ihm so tolle, schmachtende Blicke zu, daß er ihre Finger lieblich und einen leisen Kuß darüber hauchte.

„Sie verwöhnen mich armen Junggesellen, Gräfin.“

„Es liegt ja an Ihnen, diesem bebauernswerten Zustand ein Ende zu machen, Baron.“

„Ich habe sie noch nicht gefunden, die eine, die mir als Ideal vorsteht.“ erwiderte er mit einem herediten Bild auf Lella. Jetzt kam Graf Allwörden herbei und begrüßte ihn. Eine oberflächliche Unterhaltung entspann sich. Dem Grafen sagte der junge, bläuliche Vultach wenig zu, und es war ihm gar nicht angenehm, daß seine Frau einen regen, nachbarlichen Verkehr mit ihm pflegen wollte, um so weniger, da er nicht verheiratet war.

Doch als er diese Gedanken Lella gegenüber gedauert, war sie bestig geworden und hatte ihm erklärt, daß sie nach ihrem Willen handeln würde. Er, Ottolar, gönne ihr nur diese Abwechslung nicht. Sie sei froh, zum Tennisspielen endlich einen Partner gefunden zu haben, denn Ottolar sei allerdings dafür zu alt, er müsse bedenken, daß sie achtzehn Jahre jünger als er wäre — und da war sie wieder bei dem beliebten Thema angekommen. Wieder sagte er sich und duldete einen ihm unkompatiblen Mann an seinem Tisch, nur um des häuslichen Friedens und der Ruhe willen.

Lella war vergnügungsfähig, und sie verlangte täglich nach Abwechslung, nach Bewunderung und Huldbigung ihrer Schönheit. Des Gatten war sie längst überdrüssig geworden. Der alternde Mann schloß ihr nur Ungebuld ein und Risikmut. — Wenn er sich wenigstens nicht so gehen lassen wollte! Die Haltung seiner sonst so vornehmen Gestalt entbehrte jetzt ganz der Straffheit. Wie sah er müde in sich zusammengesunken, mit vorgelegten Schultern da! —

Leo Vultach war von tadelloser Eleganz — vom peinlich gezogenen Scheitel durch das spärliche Blondhaar bis zu den bla seidenen Strümpfen in den weißen Tennisschuhen. Der bla seidene Gürtel, die gleichfarbige Krawatte, das seidene Taschentuch, alles paßte zusammen. Lella liebte diese sorgfältige Eleganz an den Männern — ihr Gatte erschien ihr in dem Samtjackett, das er meistens trug, veraltet und lächerlich ...

Die Einladung der Gräfin, zum Abendbrot dazubleiben, lehnte Baron Vultach für dieses mal dankend ab; er versprach dagegen, schon morgen wieder zum Tennisspielen zu kommen. Man wollte das schöne Wetter ausnützen.

Am Sonnabend kam der Legationsrat, jubelnd von den Kindern begrüßt, die es sich nicht hatten nehmen lassen, ihn von der Bahn abzuholen.

Erst zum Tee sah er Lore und begrüßte sie in seiner gehaltenen Weise. Und er gewährte den Funken der Freude, der unbewußt in ihren Augen aufsprang, als er zur Begrüßung ihre Hand in der seinen hielt — ein warmes, weiches Gefühl quoll in ihm auf, wie immer, wenn er dieses junge, schöne Geschöpf vor sich sah. Sie hatte ihm gefehlt — er fühlte es ganz deutlich — er hätte sie immer und immer wieder mögen!

Den Kindern hatte er allerlei mitgebracht, und Schwägerin Lella war sehr erfreut über die ausgesucht seine Bondonniere und den neuen Roman, die er ihr überreichte.

Später sah er im Atelier Ottolar's neuestes Bild.

„Lange stand er davor. Wie gut der Bruder Lore Berger getroffen, wie liebevoll er all die Schönheiten ihrer Erscheinung herausgebracht hatte! Man sah ganz deutlich, mit welchem Interesse seine Hand den Pinsel geführt hatte.“

Seine Poesie strahlte das Bild aus.

Wie leicht und düftig wirkte die Luft. Die Obstbäume in ihrem Blütenzweigen standen wirkungsvoll gegen den blauen Himmel, säßig war der grüne Rasen, auf dem die Kinder saßen, aufmerksam auf das junge, lichtgeliebte Mädchen blickend, das in anmutiger Haltung nach dem Zweige eines Apfelbaumes griff und ihn zu sich herunterbog. Schön wie eine Frühlingsgöttin stand sie da, und die Sonne hatte schimmernde Reflexe über ihr Haar gezaubert, daß es ausleuchtete, als sei es aus dunklem Gold gewonnen.

„Run?“ fragte Graf Ottolar, den Bruder erwartungsvoll ansehend; er gewährte wohl dessen Bewunderung, die ihn mit tiefer Befriedigung erfüllte.

„Seit Jahren sah ich von Deiner Hand kein so gutes Bild mehr! — Wirkst Du es ausstellen?“

„Ich weiß es noch nicht.“

„Tue es! Das Bild ist es wert, gesehen zu werden.“

„Ich möchte es wohl — aber wiederum: ich kann mich schwer davon trennen.“

„Stelle es aus, Ottolar; und dann — gib es mir.“

Der Künstler sah seinen Bruder erstaunt an.

„Dieses Bild?“

„Es ist ein Stück Heimat! Der liebe Obstgarten erinnert mich an so viele frohe Jugendtage — und Deine Kinder, meine Lieblinge, so lebenswahr gezeichnet.“

Ein leises Rot lag auf den Wangen des Legationsrates, als er das hastig sagte.

Da klang das Rauschen von Frauenkleidern. Gräfin Lella stand auf der Schwelle des Ateliers.

„Hier findet man die Herren? Es wird Zeit zum Abendessen. Die Kinder warten auf Onkel Rüdiger.“

„Wir kommen!“ sagte Ottolar schnell und ging seiner Frau entgegen, um zu verhindern, daß sie das Bild bemerke, das er vor ihr aus einem ihm selbst unerklärlichen Gefühl bisher verheimlicht hatte. Doch sie schritt an ihm vorbei.

„Nun, Rüdiger, was sagst Du zu dem Fleiß Deines Brubers? Einfach fabelhaft, was er leistet!“ spöttelte sie, indem sie ihre Blicke unerschrocken ließ. Und was Ottolar nicht gewünscht hatte, geschah doch: das Bild auf der Staffelei fesselte ihre Aufmerksamkeit. Sie trat darauf zu.

„Ah, was ist das? Das habe ich ja noch nicht gesehen! Das sollte wohl eine Überraschung für mich sein?“ Sie lachte unangenehm auf. „Wie reizend!“

(Fortsetzung folgt.)

nicht tritt befallend zurück, weil er die Verbeugungen seiner mehrheitssozialistischen und unabhängigen Ministerkollegen vor den Kommunisten nicht länger mitmachen will.

— **Werbe- und Rettungsschwimmen.** Alljährlich zur Sommerzeit, und ganz besonders in diesem Jahre während der enorm heißen Tage vor ungefähr 4 Wochen, da die kühlen Flüsse der Flüsse, Bäche und Dorfbäche zur Erquickung einladen, halten die Zeitungen wider von Nachrichten über Ertrunkene. Es ist deshalb dankbar zu begrüßen, daß die im Deutschen Schwimmverbande zusammengeschlossenen Vereine überall Schwimm- und Rettungsvorführungen veranstalten, die dem Ertrinken steuern sollen, und ein besonderes Verdienst des Herrn Lokomotivführer Claußner, daß ein kleiner Kreis geladener Stadtvertreter, Lehrer usw. gestern nachmittags diese Vorführungen in dem von Herrn Fabrikbesitzer Sinehus freundlichst zur Verfügung gestellten Ratsmühlenteiche mit Interesse verfolgen konnte. Herr Claußner zeigte mit Unterstützung von Mitgliedern des Schwimmvereins „Neptun“ Dresden zunächst die 4 Schwimmarten (Brust-, Seite-, Spanisch- und Rücken-schwimmen), das Liegen im Wasser mit vollen, das Untersinken bei leeren Lungen, das Untersinken bei voller Lunge, sobald die Hände in die Höhe gestreckt werden usw. Interessant waren die verschiedenen Rettungsarten und die damit in Verbindung stehenden Maßregeln, die der Retter ergreifen muß, um nicht selbst in Gefahr zu kommen. Mit ziemlicher Anstrengung verbunden war das Schwimmen in Kleidern und das Aus- und Anziehen im Wasser. Mit verschiedenen Wiederbelebungsversuchen endeten die Vorführungen, für die den Veranstaltern auch hierdurch nochmals gedankt wird. Die Allgemeinheit konnte leider nicht dazu geladen werden, weil zu befürchten stand, daß dadurch den Gartenanlagen des Besitzers Schaden zugefügt wurde. Das städtische Freibad konnte nicht in Frage kommen, da dessen tiefste Stelle nur wenig mehr als 1 Meter beträgt. Hoffentlich geht der Wunsch nach Errichtung eines neuen Bades in unserer Stadt mit Unterstützung aller bald in Erfüllung; denn je heißer die Tage, desto mehr wird das ganz Unzulängliche des jetzigen Bades empfunden.

— **Pionierstammtisch.** Der vergangene Sonnabend feiert nimmermehr zurück, und so gehört auch der zweite an diesem Tage in Bogels volkstümlicher „Goldenen Laus“ abgehaltene Stammtischabend der alten Pioniere von Wilsdruff und Umgegend der Vergangenheit an. Ueber 20 Teilnehmer, darunter auch Frauen, waren erschienen. Sogar ein Gast aus Meissen, der seit dem Pioniertage im Mai die Wilsdruffer Pioniere nicht wieder vergessen kann, hatte sich auf bisher noch unaufgeklärte Weise eingestellt. Der Leiter des Abends begrüßte alle Erschienenen in herzlichster Weise und gab weiter einige Leitpunkte bekannt, mit denen es möglich ist, daß sich die Menschen das Leben gegenseitig angenehmer gestalten, als wie es bisher der Fall gewesen ist. Diese Ausführungen fanden Anerkennung und Beherzigung während des ganzen Abends. So kam es, daß sich bei froher Unterhaltung, Ruff der Hausapelle, gutem Trunk (12%) — sogar der sogenannte „Stiefel“ fehlte nicht — und nicht zuletzt bei „Sich-im-Kreis-herumdrehen“ eine wahrhaft innige Stimmung entwickelte. Wer als Unbeteiligter dem Treiben der alten Pioniere mit ihren Frauen zusehen konnte, mag sich herzlich gefreut haben. Fast rechtzeitig mit Beginn der Polizeistunde begaben sich alle in ihre heimischen Gemächer zurück. Aber dorektriefen alle einander zu: „Auf Wiedersehen im Juli oder Anfang August auf einem Sonntagspaziergang nach Klippshausen!“ — Es fehlte leider wie beim ersten Stammtischabend in Grumbach noch mancher Pionier. Das ist recht zu bedauern

im Hinblick auf den einzigen Zweck des Stammtisches, dem Siederstehen und Wohlergehen der Menschheit zu dienen. Wer bei ihm politische Ziele vermutet, befindet sich im Irrtum. Allen diesen sei deshalb noch aus Herz gelegt: „Einigkeit macht stark“ und führt uns einzig und allein wieder besseren Tagen entgegen.

— **Zwei Pfund Einmachzucker Anfang Juli.** Das sächsische Wirtschaftsministerium gibt bekannt, daß die zunächst für August geplante zweite Verteilung von Einmachzucker mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Obsternte bereits Anfang Juli vorgenommen werden soll. Es werden wiederum zwei Pfund zur Verteilung gelangen.

— **Befreiung des Unternehmerlohns von der Gewerbesteuer.** Der Rechtsausschuß des Landtages beriet am Donnerstag über die Gewerbesteuer. Der erste Abschnitt der Regierungsvorlage, die die Steuerpflicht, Maßstab und Steuerfuß behandelt, wurde mit zehn sozialistisch-kommunistischen Stimmen gegen neun bürgerliche angenommen. Die von bürgerlicher Seite gestellten Milderungsanträge wurden mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt. Der die Veranlagung und Erhebung betreffende Abschnitt des Gesetzes wird in nächster Sitzung beraten werden. Ueber die Frage der Befreiung des Unternehmerlohns von der Gewerbesteuer wurde verhandelt, jedoch noch nichts beschlossen. In dem ursprünglich von der Regierung herausgegebenen und den wirtschaftlichen Organisationen zur Begutachtung vorgelegten Entwurfe war vorgesehen, daß von dem ermittelten Ertrage eines Unternehmens für den im eigenen Betriebe tätigen Unternehmer ein Betrag von zehn Prozent, jedoch mindestens 15 000 M und nicht mehr als 50 000 M als eigener Arbeitsverdienst (Unternehmerlohn) abgezogen werden kann. Diese Bestimmung, die den selbständigen kleinen Gewerbetreibenden davor geschützt hätte, daß ihm aus der Gewerbesteuer noch eine zweite Einkommensteuer erwachsen wäre, hatte die Regierung dann in dem dem Landtage unterbreiteten Gesetzentwurfe gestrichen. Bei den nunmehrigen Beratungen im Rechtsausschuß wurde jedoch von allen Parteien übereinstimmend die Meinung vertreten, daß für den im eigenen Betriebe tätigen Unternehmer ein Abzug als eigener Arbeitsverdienst bis zur Höhe von 24 000 M zugelassen werden müsse. Eine Abstimmung über diese Frage ist noch nicht erfolgt; bei der Uebereinstimmung aber, die sich bei der Behandlung dieser Frage im Ausschuß ergab, ist mit der Annahme eines entsprechenden Antrages sicher zu rechnen.

— **Warenverkehr vom besetzten nach dem unbefetzten Gebiet.** Mehrere Handelskammern Westdeutschlands weisen darauf hin, daß sämtliche ausländischen Waren, die nicht auf der deutschen Einfuhrfreiliste stehen, beim Versand vom besetzten nach dem unbefetzten Gebiet einer Zulassungsgenehmigung der zuständigen Außenhandelsstelle bedürfen. Außerdem müssen Zulassungsgenehmigungen eingeholt werden für eine Reihe von bestimmten bezeichneten Waren, selbst wenn sie inländischen Ursprungs sind und vom besetzten nach dem unbefetzten Gebiet verbracht werden. Verabfolgen die Firmen, sich die Zulassungsgenehmigungen zu beschaffen, so besteht die Gefahr, daß die Waren beschlagnahmt und zugunsten des Reiches für verfallen erklärt werden.

— **Oberschlesier-Hilfsstag.** Für den 3. Juli ist für ganz Deutschland und Deutschösterreich — mit Ausnahme der Bäder und Kurorte — ein „Oberschlesier-Hilfsstag“ in Aussicht genommen. In allen Kirchen wird in den Gottesdiensten auf die Not der Oberschlesier hingewiesen werden. Straßenamtlungen werden veranstaltet, turne-

rische und sportliche Vereinigungen stellen sich in den Dienst der Sache. Die deutsche Bühnengemeinschaft hat sich bereit erklärt, an diesem Tage auf allen Bühnen Stücke zu bringen, die dem Ernst des Tages angepaßt sind, und einen Teil des Erträgnisses dem „Oberschlesier-Hilfswerk“ zuzuwenden.

— **Baugenossenschaften und Grundsteuer.** Zu dem von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf über die Grundsteuer hatte seinerzeit die sozialistische Mehrheit des Rechtsausschusses beschlossen, die gemeinnützigen und Arbeiterbauvereine von der Grundsteuerpflicht auszunehmen. In der Mittwochsitzung des Rechtsausschusses erklärte dazu ein Regierungsvertreter, daß die Regierung die Befreiung der genannten Genossenschaften von der Grundsteuer ablehnen müsse. Infolgedessen wird sich der Rechtsausschuß noch einmal erneut mit der Grundsteuervorlage zu befassen haben.

— **Wiedererrichtung des Bistums Meissen.** Im Zusammenhang mit der Siebenhundertjahrfeier des Domkapitels St. Petri zu Bauten wird die Wiedererrichtung des Bistums Meissen durch den päpstlichen Nuntius Ezz. Pacelli erfolgen.

— **Arnsdorf.** Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, ein allgemeines Volksbad zu errichten, um einem bringenden Bedürfnisse abzuhelfen, um einerseits die Volksgesundheit mit fördern zu helfen und um andererseits praktische Wohlfahrtspflege zu treiben. Die nötigen Maßnahmen sind bereits eingeleitet, so daß man hofft, das Bad 1922 eröffnen zu können. Dieser Plan reiht sich würdig dem kürzlich beschlossenen, einen Turn-, Spiel- und Sportplatz samt einer Turnhalle zu schaffen, an.

— **Chemnitz.** Die Chemnitzer Kinobesitzer haben beschlossen, den Betrieb sämtlicher Kinos am 18. Juli einzustellen und für diesen Tag ihren sämtlichen Angestellten zu kündigen. In einer Eingabe unter dem 17. Juni an den Rat der Stadt Chemnitz führten sie aus, daß es ihnen unmöglich sein würde, die bisherige Kartensteuer um weitere 50 v. H. zu erhöhen, da schon im voraus feststeht, daß die bereits bedeutend verminderte Besucherzahl sich dadurch nur noch weiterhin vermindern würde und viele Besitzer ihre Betriebe wegen Unrentabilität schließen müßten. Die Betriebe würden solange geschlossen bleiben, bis der Rat der Stadt Chemnitz die Not und Gefahren ihrer Existenz erkennt und wenigstens den bisherigen Steuerfuß beibehalte.

— **Lugau i. L.** Die Gemeinde hat hier den Gasthof „Jägerhaus“ mit einem Kostenaufwande von 960 000 M (einschließlich Kaufpreis) zu Wohnungen eingerichtet.

— **Kirchberg.** Den hiesigen Gewerkschaften ist es gelungen, 30 bis 40 Kirchberger Kinder für den Ferienaufenthalt in der Schweiz unterzubringen. Der Aufenthalt kann vielleicht sechs Wochen andauern.

— **Werdau.** Aus Mut darüber, von seiner Geliebten angewiesen worden zu sein, schlug ein hiesiger Kutscher in deren Wohnung alles kurz und klein. Als die Polizei gegen ihn einschreiten wollte, drang er mit einem Beil auf die Beamten ein. Es gelang schließlich, den Wurschen zu überwältigen und der Staatsanwaltschaft zuzuführen.

— **Leipzig.** Die am 21. Juni geschlossene Landwirtschaftliche Ausstellung wurde am ersten Tage von 10 786, am zweiten von 35 147, am dritten von 50 761, am vierten (Sonntag) von 59 177 Personen besucht. Das kalte, regnerische Wetter hat zweifellos dazu beigetragen, daß die Besucherzahl, die an und für sich bedeutend ist, nicht noch höher gelegen ist.

Für die anlässlich unserer Silberhochzeit uns erwiesenen Aufmerksamkeit durch gute Wünsche und Geschenke sagen wir allen Freunden, Nachbarn und Bekannten sowie dem „Sängertrupp“ für den schönen Gesang herzlichsten Dank.
Wilsdruff, am 21. Juni 1921.
Anton Richter und Frau.

Ihr „Tageblatt“ bringt Ihnen täglich nachmittags die neuesten Meldungen aus aller Welt. Es bietet Ihnen Belehrungs- u. Unterhaltungsstoff. Bewahren Sie ihm dafür die Treue als Abonnent und empfehlen Sie den Bezug des „Tageblattes“ bei Ihren Freunden und Bekannten.

Deutscher Landarbeiter-Verband
Ortsgruppe Weistropf.
Sonntag den 26. Juni findet im Gasthof Weistropf
Ortsgruppen = Bergnügen
statt, bestehend in humoristischen Vorträgen, Gabenverlosung und Ball.
Alle Mitglieder, Freunde und Gönner herzlich willkommen
Der Vorstand.

Kurt Siering, Potschappel
Tharandter Strasse Nr. 25
Rosschlächterei, Speisewirtschaft u. Pfordgeschäft
Fernsprecher Amt Deuben Nr. 2151
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle

Militärverein
Julierversammlung
Sonnabend den 25. Juni
J 5 Mark
ä f. Erdbeeren
p zahle ich nicht, aber
e bietet Ihnen dafür
l Tharandter Str.
Fernsprecher 543.

Gebrauchte
Dicktenhobel-
Maidine
600mm Hobelbreite, per Kasse
zu kaufen gesucht.
Angebote mit Preisangabe
unter B. S. 4534 in die
Geschäftsstelle d. Bl.

30000 Mark
auch geteilt, sind sofort oder
spät. mündelicher auszuleihen.
Angebote unter 4535 an
die Geschäftsstelle d. Bl.

J Jedes Quantum
ä Kirschen
p kauft
e Tharandter Str.
l Fernsprecher 543.

Oswald Mensch Nachf.
Inh.: Emil Mensch
Rosschlächterei, Pfordgeschäft u. Speisewirtschaft
Potschappel, Turnerstrasse 10
Fernsprecher Amt Deuben 735
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.

Pa. Zeltbahnjoppen,
Pa. Arbeitshosen
4528 Ispottbillig bei
Frigische, Löbtau,
Grumbacher Straße 20.
Bereitschaft Jahrmärkte-
sonntag geöffnet.

Verdoppelung
jedweden Einlagekapitals nach
3 Monaten erhält man laut
Prospekt, welcher auf Wunsch
postofrei überhandt wird, durch
Malador-Sport-Gesellschaft
Dresden-A., Schumannstr. 40.

Ein noch quergebaltener
Burschenanzug
zu verkaufen. Wo, laut d.
Geschäftsst. d. Bl. unt. 4539.

Hausmädchen
nicht unter 18 Jahren, gesucht.

Max Matthes,
Deuben, Kirchstraße 5.

Dreitragigen
Kaninchenstall
mit Zuchtställen und 4
Jungen sofort billig zu
verkaufen.
U. Haugner,
Zellert Straße 28.

Wir bitten höflich, An-
zeigen bis 10 Uhr vor-
mittags anzugeben.

Die Herren Gemeindevorstände
des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff
machen wir hiermit darauf aufmerksam, daß
die Brotmarken für die nächste Versorgungs-
zeit von heute ab gegen Ausweis bei uns
abgeholt werden können. Der Ausweis muß
mit der Unterschrift des betreffenden Gemeindevorstandes und dem Gemeindefestempel versehen
sein. Diese Verfahrensweise erfolgt mit der Ge-
nehmigung der Amtshauptmannschaft Meissen.
„Wilsdruffer Tageblatt“, A. Schmucke.

Kaufe jeden Posten
lufttrockene ungekochte Süßkirschenkerne
(möglichst gemischt)
von reifen Früchten, zu 3 Mk das Pfund,
Bogelkirschen (Rivingscher) zu 6 Mk das Pfund,
in derselben Beschaffenheit.
Bernhard Müller, Sohns & Co.

Gutes Gerstenstroh
ist zu verkaufen.
Rittergut Braunsdorf.

Zeige ergebenst an, daß ich von heute an einen Trans-
port schwerer hochtragender und neuankommender

Oldenburger
Herdbuch-Rühe
sowie ein Paar schöne
Oldenburger Herdbuch-
Bullen äußerst billig zum Verkauf stelle.
Vorschaugebild

Bernhard Santke, Meissen
F. r. sp. 888. Neugasse-Grabenweg 1. Fernspr. 668